

Behörden Spiegel Online

Streit um Stellenabbau in Hessen

Landesregierung kündigt weitere Personalkürzungen an

Mit dem Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2013/2014 in Hessen setzt die Landesregierung ihren selbstgesteckten Kurs zur Konsolidierung der Staatsfinanzen weiter fort. Neben der Senkung der Nettoschulden plädiert Finanzminister Dr. Thomas Schäfer, über das bereits festgesetzte Maß weitere 1.200 Stellen zu streichen. Doch manchen gehen diese Pläne nicht weit genug. (08.08.2012)

„Nötig sind eine Reduktion der Aufgaben auf das Notwendige, die Nicht-Wiederbesetzung freier Stellen und Produktivitätssteigerungen“, forderte Volker Fasbender, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU).

Weitere finanzielle Belastungen der öffentlich Bediensteten sollten erst in zweiter Linie festgesetzt werden. Hier sei – nach dem Vorbild aus Rheinland Pfalz – eine Begrenzung des Gehaltsanstiegs bei Beamten auf ein Prozent pro Jahr für einen Fünf-Jahres-Zeitraum denkbar.

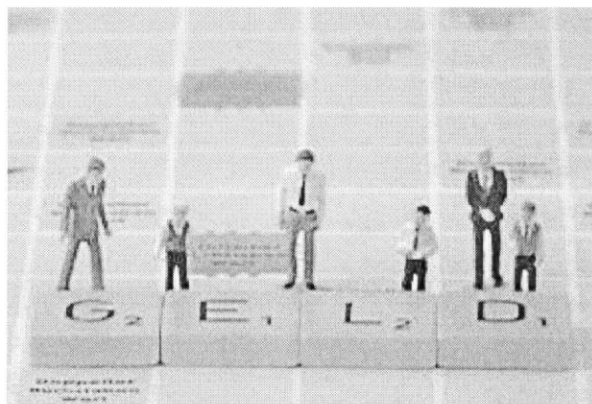
Die VhU fordert, die Personalkosten (2012: 8,08 Mrd. Euro) nicht wie bisher um rund 2,5 Prozent pro Jahr zu steigern, sondern bis 2020 auf 7,8 Mrd. Euro zu senken. Zusätzlich sollten für alle Beamten die automatischen altersstufenbezogenen Gehaltssteigerungen – das sog. Senioritätsprinzip – abgeschafft werden. Der finanzielle Spielraum könnte zur Hälfte für neue Leistungsanreize der Beamten und zur Hälfte für die Konsolidierung eingesetzt werden. Dies brächte weitere 200 Mio. Euro für den Defizitabbau im Jahr 2020, rechnet Fasbender vor.

Ungebetene Ratschläge

Im Gegenzug forderte der DBB Hessen den Unternehmensverband auf, zunächst die „schwarzen Schafe“ in den eigenen Reihen einzufangen, die notorisch Steuern hinterzögen und somit den Staat schädigten. „Dies wäre ein löbliches Unterfangen für den VhU, im Interesse des Staates und des Landeshaushalts Hessen und auch im Interesse der Mitglieder, die ehrlich ihre Steuern abliefern“, erwiderte der DBB-Landesvorsitzende Walter Spieß. Zudem gehe der Landesverband des Beamtenbundes davon aus, dass die Unternehmerverbände mit gleicher Vehemenz mehr Stellen für Betriebsprüfer und Steuerfahnder fordern wie Stelleneinsparungen im Öffentlichen Dienst. Ansonsten solle sich die VhU mit ungebetenen Ratschlägen zum Stellenabbau tunlichst zurückhalten, so Spieß weiter.

Weiterer Stellenabbau

Trotz des im Haushaltsplan 2012 eingeleiteten Stellenabbaus steigen die Personalausgaben des Landes auf ein „Rekordniveau“, beschreibt Finanzminister Schäfer die Lage. Von rund 8,08 Mrd. Euro auf etwa 8,44 Mrd. Euro 2013 und weiter auf etwa 8,61 Mrd. Euro 2014. Ursache seien unter anderem die Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie höhere Ausgaben bei Vorsorge und Beihilfe. Insgesamt hat die Landesregierung in dieser Legislaturperiode bisher 2.955,5 Stellen, überwiegend im Schulbereich, geschaffen. Demgegenüber stehen aber auch 2.274,5 Stellen, die andernorts, vornehmlich in der allgemeinen Verwaltung, eingespart worden seien. Damit aber noch nicht genug. „Wir gehen über das in der Koalitionsvereinbarung festgelegte Ziel hinaus und werden noch einmal 1.200 Stellen in der allgemeinen Verwaltung in den kommenden Jahren einsparen“, gab der Finanzminister die nächsten Pläne bekannt. Denn im Vergleich mit anderen Ländern leiste sich Hessen immer noch mehr Personal. „Der Stellenabbau muss auch in der neuen Legislaturperiode unverändert fortgesetzt werden“, so Schäfer zur zukünftigen Marschrichtung.



Trotz des Stellenabbaus steigen die Personalosten des Landes laut Finanzminister Dr. Thomas Schäfer auf ein Rekordniveau. (Foto: BS/Ernst-Rose/www.pixelio.de)

jf